

KONFERENZ DER KANTONALEN GEWERKSCHAFTSBÜNDE MITTWOCH, 26. JUNI 2019

Bern, 7. Juni 2019

Beilage zu Traktandum **Bünde Finanzierung**

Aktennotiz zum Ergebnis der Umfrage bei den Bünden zu einem solidarischen Beitrag für den kantonalen Bund Neuchâtel

Ausgangslage

Das gültige Finanzreglement der kantonalen Bünde von 2004 schliesst den kantonalen Gewerkschaftsbund Neuchâtel von einer Subventionierung durch den SGB aus, da dieser Bund vor Ende 2003 keine Subvention erhalten hat (Finanzreglement, Art. 5). Ein Subventionsgesuch des kantonalen Bundes Neuchâtel für jährlich Fr. 10'000 wurde am 27. März 2019 vom SGB-Vorstand abgelehnt.

Claude Reymond (CGAS) hat nach der Bünde Konferenz vom 28. März allen Bünden, die eine Subvention erhalten, einen Vorschlag zu einer solidarischen Finanzierung des kantonalen Gewerkschaftsbundes Neuchâtel gemacht: Der Gesamtbetrag aller Subventionen im Umfang von Fr. 139'000 bliebe gleich. Die subventionierten Bünde würden entweder mit einem linearen oder mit einem gewichteten Schlüssel an einen Subventionsbetrag für Neuchâtel beitragen, der sich in etwa auf die beantragten Fr. 10'000 summieren würde. Die Änderungen würden nur vorgenommen, wenn sich 2/3 der Bünde dafür aussprechen würden.

Das SGB Sekretariat hat zu diesem Vorschlag eine Umfrage bei allen Bünden gemacht und zusätzlich noch um Informationen zu den jeweiligen Mitgliederbeiträgen und den Personalressourcen gebeten.

Ergebnis zur Umfrage der solidarischen Beteiligung zugunsten Neuchâtel

Es haben 16 Bünde geantwortet, darunter auch CGAS (Genf), Waadt und Zürich, die keine Subventionen des SGB erhalten, sowie der vierte mitgliederstarke Bund, Bern, der Fr. 3'000 jährlich wegen der Zweisprachigkeit im Kanton erhält.

Fünf betroffene Bünde lehnen eine solidarische Beteiligung an der Subventionierung von Neuchâtel ab (vier deutlich, einer mit «eher Nein»). Vier betroffene Bünde wären bereit, sich zu beteiligen, wenn auch die grossen, aktuell nicht subventionierten Bünde, zur Finanzierung für Neuchâtel beitragen würden. Nur drei betroffene Bünde sind bereit, sich ohne Bedingung zu beteiligen. Und selbstverständlich spricht sich auch der kantonale Bund Neuchâtel für den Vorschlag von Claude Reymond für ein solidarisches Finanzmodell aus.

Von den drei nicht betroffenen Bünden. CGAS, Waadt und Zürich, äussern sich zwei ebenfalls positiv. Einer enthält sich der Stimme.

Am 5. Juni 2019 hat eine Sitzung von Marcel Budmiger (LU), Claude Reymond (GE), Dore Heim (Zentralsekretärin SGB, zuständig für die Bünde) und Elisabeth Soucek (administrative Verantwortung SGB) stattgefunden, wo das Ergebnis diskutiert und das weitere Vorgehen besprochen wurde.

Die erforderliche Zweidrittelmehrheit ist nicht erreicht worden, der Vorschlag von Claude Reymond ist damit abgelehnt.

Zur Beteiligung der nicht subventionierten Bünde halten die Sitzungsteilnehmenden fest:

Mit der Subventionierung aus der SGB Zentrale werden Gewerkschaftsbünde in mitgliederschwachen Kantonen oder in Kantonen mit komplexer Situation (Zweisprachigkeit, starke Konkurrenz durch christliche Gewerkschaften) unterstützt. Diese Gelder kommen aus den Beiträgen der Gewerkschaften auf nationaler Ebene und stellen quasi einen kleinen Finanzausgleich dar. Dass dieser Gesamtbetrag neu anders aufgeteilt würde, wäre denkbar gewesen. Eine Beteiligung der kantonalen Bünde, die nicht subventioniert werden, an einer Unterstützung für Neuchâtel ist hingegen nicht zu rechtfertigen, da dies eine Querfinanzierung aus Mitgliederbeiträgen des einen Kantons für einen Gewerkschaftsbund in einem anderen Kanton bedeuten würde.

Mitgliederbeiträge und personelle Ressourcen der Gewerkschaftsbünde

Es haben 14 Bünde geantwortet. Das Bild ist wie erwartet sehr heterogen, Beiträge und personelle Ressourcen sind je nach Kanton ganz unterschiedlich. Sollten die Bünde eine Revision des Finanzreglements anstreben, müsste dies berücksichtigt werden. Gerade eine Harmonisierung der Beiträge ist kaum möglich, da diese zwischen Fr. 5.00 (Zürich) bis Fr. 10.60 (Luzern) schwanken.

Der Überblick zu diesen Informationen wird an der Bündeokonferenz vom 26. Juni als Tischvorlage verteilt.